

FREIBERUFLER-TICKER vom 22.11.2013

1. BFB-Infoblatt zur Ausweisung des EQR-Niveaus auf dem Kammerzeugnis

Der BFB hat für die zuständigen Stellen im Bereich der beruflichen Ausbildung gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) ein Infoblatt mit Erläuterungen zum DQR-/EQR-Hinweis auf dem Zeugnis angefertigt, das [hier](#) heruntergeladen werden kann.

Hintergrund für dieses Infoblatt ist, dass ab 1. Januar 2014 das Niveau des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) auf den Zeugnissen der Kammern ausgewiesen werden sollte (Wichtig: Es besteht kein Zwang dazu, der DQR basiert lediglich auf einer EU-Empfehlung). Da damit zu rechnen ist, dass in der Regel weder Auszubildende noch Arbeitgeber Kenntnisse von der Funktion des DQR bzw. EQR haben, soll das Infoblatt für die entsprechende Aufklärung sorgen.

Alle dreijährigen Ausbildungen in den Freien Berufen – Medizinische Fachangestellte, Zahnmedizinische Fachangestellte, Tiermedizinische Fachangestellte, Pharmazeutisch-Kaufmännische Angestellte, Rechtsanwalts-, Notar- und Patentanwaltsfachangestellte sowie Steuerfachangestellte – sind dem Niveau 4 zugeordnet.

Sämtliche Fortbildungsregelungen gemäß § 54 BBiG, die es für die Auszubildenden in den Freien Berufen gibt, sowie die schulischen Gesundheitsfachberufe wurden noch nicht dem DQR zugeordnet. Folglich kann auf derartige Zertifikate noch kein DQR-Niveau ausgewiesen werden. Wann diese Zuordnung erfolgt, ist offen, sie wird aber mit großer Wahrscheinlichkeit nicht vor Mitte bis Ende 2014 abgeschlossen sein. Die einzige bundeseinheitliche Aufstiegsfortbildung gemäß § 53 BBiG im Bereich der Freien Berufe zum Geprüften Rechtsfachwirt ist dem Niveau 6 zugeordnet.

Sowohl sämtliche IHKn als auch alle Handwerkskammern werden ähnliche Infoblätter ab Januar 2014 den Zeugnissen ihrer Prüfungsabsolventen hinzufügen. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie dieses Infoblatt zur weiteren Verwendung den zuständigen Stellen vor Ort weiterleiten.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Marcus Kuhlmann, marcus.kuhlmann@freie-berufe.de, Tel.: 030-28 44 44 32.

2. Außenwirtschaftsförderung: gtai-Broschüren: „Dienstleistungen erbringen in...“

Die Germany Trade and Invest (gtai) publiziert seit diesem Jahr neue Informationsbroschüren zur Vorbereitung der Dienstleistungserbringung im Ausland: Erschienen sind 2013 bereits Broschüren der Serie „Dienstleistungen erbringen in...“ für die Volksrepublik China, für Frankreich, Kanada und die USA. Publikationen zu Polen und Belgien folgen in Kürze.

Die neue gtai-Reihe bietet für verschiedene Länder einen Überblick rund um das Thema Entsendung von Mitarbeitern. Rechtsthemen wie u. a. Entsendevertrag, Anerkennung von Befähigungsnachweisen, Arbeitsschutzbestimmungen, Sozialversicherung, aber auch technische Normen sowie Konkursrecht werden in Kurzform dargestellt. Ausgewählte weiterführende Links bieten zudem Hilfe zur Selbsthilfe. Weiterführende Informationen sind auf der [gtai-Homepage](#) zu finden.

3. LINKE legt Gesetzentwurf zur Stabilisierung des Rentenbeitragsatzes vor

Während Wirtschaftsverbände sowie die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand – darunter der BFB – gefordert haben, die aktuellen Überschüsse in der Gesetzlichen Rentenversicherung, die die Nachhaltigkeitsrücklage von 1,5 Monatsausgaben übersteigen, für eine Beitragssatzsenkung von derzeit 18,9 Prozent auf 18,3 Prozent zu nutzen, fordert die Fraktion der LINKEN, den Beitragssatz zu stabilisieren und nicht zu senken. Durch den Verzicht auf die Begrenzung der Rücklagen bei gleichzeitiger Stabilisierung der derzeit gültigen Beitragssätze, so heißt es in dem Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung (Beitragssatzgesetz 2014) (BT-Drs. 18/52 vom 14.11.2013), würde der Automatismus zur Senkung der Beitragssätze außer Kraft gesetzt und die unmittelbar drohende Einengung der politischen Handlungsspielräume für dringend notwendige Leistungsverbesserungen verhindert. Genau gegen diese Leistungsausweitungen sprechen sich jedoch die Mittelstandsverbände aus, da sie schon in wenigen Jahren wieder zu Beitragssteigerungen führen und insoweit die Wettbewerbsfähigkeit des personalintensiven Mittelstands gefährden würden.

4. OECD wiederholt Forderung nach Deregulierung bei Freien Berufen

In ihrem [Wirtschaftsausblick](#) analysiert die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zweimal jährlich die wichtigsten wirtschaftlichen Trends und die Aussichten für die kommenden zwei Jahre. Diese Analysen und Projektionen erstrecken sich auf alle OECD-Mitgliedsländer sowie ausgewählte Nichtmitgliedsländer. In einem Kapitel der aktuellen Publikation wird auch die Entwicklung in Deutschland projiziert. Darin adressiert die OECD auch die Freien Berufe in Deutschland. Wörtlich heißt es: "Strukturreformen zur Deregulierung der freiberuflichen Dienstleistungen, zur Beseitigung von Hindernissen für die Vollbeschäftigung von Frauen und zur weiteren Verbesserung des Hochschulzugangs würden das Wachstum allesamt steigern und einen Beitrag zur Verbesserung des globalen Gleichgewichts leisten."

5. EU will Grenze für geringfügige Forderungen auf 10.000 Euro anheben

Die Europäische Kommission hat jüngst einen Bericht zum "Europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen" vorgestellt. Damit will sie Verbrauchern sowie kleinen und mittleren Unternehmen bei grenzüberschreitenden Streitfällen mit geringem Streitwert mehr Rechte geben.

Unter das "Europäische Verfahren für geringfügige Forderungen" (European Small Claims Procedure) fallen heute Streitwerte bis zu 2.000 Euro. Künftig sollen Forderungen bis zu 10.000 Euro eingebracht werden können. Dem Bericht zufolge wäre das besonders für kleine und mittlere Unternehmen vorteilhaft. Das geplante Verfahren wäre künftig auf 50 Prozent der Unternehmensforderungen anwendbar sein, derzeit sind etwa 20 Prozent der Fälle abgedeckt. Geplant sind zudem eine Ausweitung der Definition eines "grenzübergreifenden" Falles und eine Deckelung der Gerichtsgebühren. Darüber hinaus wird angepeilt, Formulare in Papierform und Reisekosten zu reduzieren, in dem die Verfahren online beginnen.

Mehr erfahren Sie [hier](#).

6. Deutsche KMU tragen gegen den internationalen Trend höhere Steuer- und Abgabenlast

Für mittelständische Unternehmen ist die Steuer- und Abgabenlast im weltweiten Durchschnitt in den vergangenen zwölf Monaten weiter gesunken. Der Anteil aller Steuern und Abgaben (Total Tax Rate) am Gewinn beläuft sich derzeit auf 43,1 Prozent, im Vorjahr waren es noch 44,7 Prozent, wie aus der Gemeinschaftsstudie „Paying Taxes 2014“ der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC, der Weltbank und der International Finance Corporation (IFC) hervor geht. In Deutschland allerdings muss das idealtypische mittelständische Unternehmen, das der Analyse zugrunde liegt, entgegen dem globalen Trend eine höhere Belastung tragen: Hierzulande stieg die Total Tax Rate von 46,8 Prozent auf 49,4 Prozent. Im weltweiten Steuerranking fällt der Standort Deutschland damit von Platz 72 auf Platz 89 zurück. Zurückzuführen sei diese Entwicklung ausschließlich auf die Abschaffung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsgüter, die nach dem 31. Dezember 2010 angeschafft wurden, so die Autoren.

Mehr erfahren Sie [hier](#).

7. EP-Plenum nimmt „Erasmus+“ an

Am 19. November 2013 hat das Plenum des Europäischen Parlaments das Programm [„Erasmus +“](#) angenommen, welches u.a. Auszubildenden, Ausbildern, Studenten, Lehrern sowie jungen Führungskräften und ehrenamtlich Tätigen Stipendien vergibt.

Die bisher getrennten Programme „Erasmus“ (Studienplatztausch), „Leonardo Da Vinci“ (berufliche Bildung), „Comenius“ (Schulbildung), „Grundtvig“ (Erwachsenenbildung) sowie „Youth in Action“ (Förderung des Jugendaustauschs) und „Erasmus Mundus“ (Zusammenarbeit der Universitäten mit Drittstaaten) werden nun unter dem Oberbegriff „Erasmus +“ vereint.

8. Neue EU-Forschungsprojekte zur Bekämpfung der Antibiotikaresistenz

Am 15. November 2013 gab die Europäische Kommission den Finanzierungsbeginn von [15 neuen Forschungsprojekten](#) zur Bekämpfung der Antibiotikaresistenz bekannt. Sieben der neuen Projekte zielen auf die Entwicklung neuartiger Antibiotika, Impfungen oder alternativer Behandlungen für arzneimittelresistente mikrobielle Infektionen ab. Andere Projekte sollen z.B. bessere Methoden ermitteln, um vorhandene Antibiotika zu verwenden. Hintergrund hierfür ist u.a. eine vom Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) erstellte [Untersuchung](#) zum Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin. Weitere Informationen zum Thema finden Sie [hier](#).

9. Überarbeitung der Beihilfevorschriften für die Filmförderung

Die Europäische Kommission hat am 14. November 2013 überarbeitete Kriterien für die Beurteilung von Beihilferegulungen der Mitgliedstaaten zur Förderung von Filmen und anderen audiovisuellen Werken in Form einer [Mitteilung „über staatliche Beihilfen für Filme und andere audiovisuelle Werke“](#), 2013/C 332/01, angenommen. Von nun an verfügen Mitgliedstaaten über einen gewissen Entscheidungsspielraum bei der Definition des Begriffs „kulturelle Aktivitäten“ und es dürfen Beihilfen für eine größere Bandbreite an Tätigkeiten gewährt werden. Außerdem können für grenzübergreifende Produktionen und die Förderung des Filmerbes umfangreichere Beihilfen gewährt werden. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, ihre bestehenden Filmförderregelungen anzugleichen.

10. Öffentliches Beschaffungswesen: revidierte Fassung des WTO-Übereinkommens vom EP-Plenum zugestimmt

Das Europäische Parlament hat am 19. November 2013 der Unterzeichnung der Reform des Übereinkommens der Welthandelsorganisation (WTO) über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) zugestimmt. Das Übereinkommen öffnet das öffentliche Auftragswesen der Vertragsparteien und verschafft den europäischen Unternehmen zusätzliche Beschaffungsmöglichkeiten in Höhe von etwa 100 Milliarden Euro. Weitere Informationen zum Thema finden Sie [hier](#).